

Pertti Luntinen: *The Baltic Question 1903—1908.* (Annales Academiae Scientiarum Fennicae, Serie B, Bd 195.) Verlag Suomalainen Tiedekatemia. Helsinki 1975. 252 S.

In seiner umfassend angelegten, freilich streng diplomatiegeschichtlichen Untersuchung beschäftigt sich der finnische Historiker mit der „nordischen“ oder auch „baltischen“ Frage, d. h. mit den diplomatischen Beziehungen zwischen den Anrainerstaaten der Ostsee und Nordsee seit den internationalen Krisenerscheinungen zu Beginn des 20. Jhs. auf dem Balkan und in Fernost. Im Mittelpunkt steht die Vorgeschichte des sogenannten „St. Petersburger Vertrages“ vom 23. April 1908 zwischen Dänemark, Deutschland, Rußland und Schweden, der den territorialen Status quo an der Ostsee bekräftigen sollte. Gleichzeitig wurde ein entsprechendes Nordsee-Abkommen zwischen Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Schweden abgeschlossen. Der Vertrag zwischen England und Frankreich aus dem Jahre 1855, der die Union von Schweden und Norwegen garantieren sollte, wurde mit demselben Tage aufgehoben.

Auf der Basis intensiver Archivstudien, vornehmlich in Bonn, London und Moskau, versucht Vf. die Entstehung beider Abkommen zu rekonstruieren und die Interessen aller beteiligten Mächte zu würdigen. Archivstudien in Kopenhagen, Oslo, Paris, Potsdam und Stockholm, die ergänzend sicher noch manches wichtige Detail gebracht hätten, konnte Vf. sich allerdings begreiflicherweise nicht leisten. Hier stützt er sich im wesentlichen auf entsprechende nationalgeschichtliche Einzeluntersuchungen, um sie seiner übergreifenden Fragestellung nach der Ost- und Nordseepolitik aller Anrainerstaaten, insbesondere aber Deutschlands, Englands und Rußlands, nutzbar zu machen.

Einige knappe Überlegungen widmet Vf. der Frage, ob heutzutage außenpolitische Beziehungen nicht notwendigerweise auf dem konkreten Hintergrund innenpolitischer Interessengegensätze und im Kontext mit den gegensätzlichen veröffentlichten Meinungen in den unterschiedlichen Ländern studiert werden müßten. Er verneint eine solche Problemstellung nicht grundsätzlich und entschuldigt sich angesichts seiner nahezu ausschließlichen Fixierung auf das „diplomatische Spiel“ zunächst und vor allem mit persönlichen Vorlieben und der Notwendigkeit einer Begrenzung möglicher Fragestellungen. Allerdings vermag er darüber hinaus einen Grund zu nennen, der in diesem speziellen Fall einleuchtend erscheint: ihm scheint festzustehen, daß die „nordische“ oder „baltische“ Frage einem Nebenschauplatz der internationalen Spannungen zugeordnet war und daß hier im besonderen den Berufsdiplomaten aller Beteiligten Handlungsspielräume eröffnet blieben, die eine abgehobene Untersuchung rechtfertigten.

Vf. kommt insgesamt zu dem Ergebnis, daß die „baltische Frage“ eng mit dem Problem der Sicherung der dänischen Meerengen zusammenhing. Während Deutschland sich angesichts der Auflösung der schwedisch-norwegischen Union (1905) in der Rolle des ehrlichen Maklers gefiel und im übrigen daran interessiert war, nach dem Reifall von Björkö im Sommer 1905 die Skagerrak- und Kattegat-Frage als Verhandlungsproblem gleichermaßen mit England und Rußland im Spiel zu halten, wurden Großbritannien und Rußland von bestimmten Befürchtungen bzw. auch Hoffnungen in ihrer Nord-Ostsee-Politik geleitet. Wie Vf. nachweist, verlor Großbritannien angesichts der Auflösung der schwedisch-norwegischen Union seine dominierende Rolle in Skandinavien und mußte sich damit begnügen, sicherzustellen, daß Norwegen sein „neutraler Ver-

bündeter“ blieb. Es mußte befürchten, daß unter Einbeziehung Schwedens Rußland und Deutschland sich darauf einigen konnten, die Ostsee als „mare clausum“ zu betrachten. In Rußland wiederum gab es Stimmen, die ein „mare clausum“ mit einem „mare teutonicum“ gleichsetzten. Doch der russische Außenminister Izvol'skij hat seit dem Sommer 1907 parallel zum russisch-englischen Ausgleich in Asien Verhandlungen über die Ostseefrage forcieren wollen, um mit Deutschland zu einem Vertragsabschluß zu kommen. Asien und der Ostseeraum seien geographisch so weit voneinander entfernt, daß er nichts Unvereinbares darin sehen könne, gleichzeitig mit Großbritannien über Persien, Afghanistan und Tibet und mit Deutschland über einen Ostsee-Vertrag zu verhandeln (der faktisch doch gegen Großbritannien gerichtet sein mußte). Die Zielsetzungen Izvol'skij's und das wachsende Mißtrauen der deutschen Führung gegenüber Rußland und seiner Regierung stehen im Mittelpunkt des Buches (bes. S. 156—227). Praktisch verband Izvol'skij mit seiner Vertragspolitik den Versuch, die volle russische Souveränität über die Ålandinseln auch militärisch zu realisieren. Im übrigen hoffte er auf deutsche Hilfe in der türkischen Meerengenfrage sowie auf dem Balkan.

Zunächst schien Deutschland auch durchaus interessiert, mit einem Vertrag, der materiell keine Nachteile bringen konnte, aus der internationalen Isolierung herauszukommen. Tatsächlich hat Deutschland aber sein Mißtrauen gegenüber den vermeintlichen eigentlichen russischen Absichten nicht überwinden können und selbst dafür gesorgt, daß auf seine Initiative hin neben dem „St. Petersburger Vertrag“ das Nordsee-Abkommen ohne Rußland, aber unter Mitwirkung Frankreichs und Englands zustandekam.

Das Fazit scheint durchaus einleuchtend: beide Deklarationen über die Aufrechterhaltung des Status quo hatten keinen realen Wert: sie dienten vielmehr dazu, jeden Bezug auf die tatsächlichen Interessen der beteiligten Nationen sorgfältig zu vermeiden. Selbst die Frage der Sicherheit der dänischen Meerengen war nach Auffassung des Vfs. eine akademische. In Wirklichkeit konnte doch niemand Deutschland daran hindern, die Ostsee im Ernstfalle zum „mare clausum“ zu machen, wie das „Foreign Office“ und die russische Reichsregierung gleichermaßen schon 1908 feststellten.

Der Status quo im Norden Europas beruhte auf einer relativen Stabilität, die Jahrhunderte gewährt hatte und sich daher auch in den Krisenzeiten des beginnenden 20. Jhs. nachdrücklich von den wechselvollen Vorgängen etwa auf dem Balkan unterschied. Es klingt fast etwas resignativ, wenn Vf. abschließend feststellt, daß die Erhaltung des Status quo die Geschichte in ihrem Verlauf nicht gerade interessant mache; doch kann man als Zeitgenosse des späten 20. Jhs., zumal in Mitteleuropa, einer solchen Stabilität auch durchaus positive Züge abgewinnen.

Die sprachlich bemerkenswert flüssige Arbeit ist streckenweise ein wenig zu „narrativ“, ja fast zu anekdotisch und detailverliebt. Zudem stören zahlreiche kleine Druckfehler, die mit dem Namen des russischen Außenministers (Lamsdorff statt Lambsdorff) beginnen und mit ganz unsinnigen Setzfehlern (z. B. Norwas statt Norway) enden. Insgesamt scheint die Untersuchung im gesetzten Rahmen zuverlässig und gründlich zu sein, so daß sie für längere Zeit Gültigkeit beanspruchen kann.

Göttingen

Gert von Pistohlkors